

Neue Köpfe und neue Positionen

KANTONALE EVP Während der prominente, altgediente EVP-Bildungsexperte Hanspeter Amstutz den Lehrplan 21 bekämpft, unterstützt der designierte neue Parteipräsident Hanspeter Hugentobler das Reformwerk. Die Partei richtet sich neu aus.

Wenn es bei der EVP um Bildungsfragen ging, war bisher Hanspeter Amstutz die unangefochtene Instanz. Der 69-jährige ehemalige Lehrer und Bildungsrat prägte die meist konservativen und reformkritischen Positionen der Kantonalpartei. Amstutz gehört auch zu den pointier-testen Kritikern des Lehrplans 21, der die Lerninhalte schweizweit vereinheitlichen will.

EVP-intern hat der Wind nun aber gedreht. Die Parteispitze befürwortet den Lehrplan 21, wie gestern am traditionellen «Güggeltreffen» der EVP in Zürich deutlich wurde. Kantonsrat Hanspeter Hugentobler, Gemeinderat und Schulpräsident in Pfäffikon, lobte das Reformwerk in den höchsten Tönen. Ohne Namen zu nennen, kritisierte er die Gegner. Sie hätten aus dem Lehrplan 21 ein «Schreckgespenst» gemacht.

Hugentobler erinnerte an die eidgenössische Volksabstimmung von 2006, als sich 86 Prozent der Stimmenden für die Harmonisierung des Schweizer Schulsystems aussprachen. «Der Lehrplan 21 ist besser als sein Ruf», sagte Hugentobler und be-

dauerte, dass dieser nun in allen Kantonen «verpolitisiert» werde. Der Einwand, der neue Lehrplan sei zu umfangreich und zu detailliert, stimme nicht. Der bisherige sei ab der dritten Klasse Englisch, ab der fünften Französisch.

Parteipräsident Johannes Zollinger bestätigte, dass sich Amstutz, obwohl Parteileitungsmitglied, mit seiner Haltung in der

«Mehr Leute auszubilden, geht nur mit zusätzlichen Ressourcen.»

Hanspeter Hugentobler, Kantonsrat EVP

EVP nicht habe durchsetzen können. Auch die achtköpfige Fraktion befürwortete den Lehrplan 21.

Hugentobler zeigte sich weiter betont skeptisch gegenüber dem kantonalen Sparprogramm (Leistungsüberprüfung 16). An-

gesichts der steigenden Schüler- und Studierendenzahlen sei es nicht möglich, bei eingefrorenen Ausgaben die Qualität zu halten. «Mehr Leute auszubilden, geht nur mit zusätzlichen Ressourcen», sagte er. Ihm missfällt die geplante Streichung der Beiträge für Religion und Kultur ebenso wie die Kommunalisierung der Schulleiter zulasten der Gemeinden. Gegenüber einer Steuererhöhung zeigt er sich offen. Er wisse allerdings, dass diese Position keine Chance habe gegenüber dem kantonsrätlichen «Mantra der Mehrheit».

Zollinger will abgeben

Dass Hugentobler die neuen Positionen der EVP absteckte, ist nicht ganz zufällig: Er ist der designierte neue Parteipräsident, der offiziell aber noch bestätigt werden muss, wie Zollinger sagte. Der 68-Jährige will die Geschicke der Partei im Frühling in jüngere Hände legen. Hugentobler scheint bereit, zu übernehmen.

Der 49-Jährige arbeitet als Geschäftsführer von ERF Medien, einer Schweizer Fachredaktion im Bereich Glaube und Gesellschaft. Wechsel stehen auch bei anderen Parteiamttern an: So hegt Nationalrätin Maja Ingold Rücktrittsabsichten (siehe Kasten). Aber auch Fraktionschef Peter Reinhard, seit 22 Jahren im Kan-

tonsrat, überlegt sich, seine Funktion in nächster Zeit abzugeben.

Kantonsrat Markus Schaa stellte drei von ihm initiierte Motionen vor, die sich gegen eine «übertriebene Denkmalpflege» richten. Es gelte, Bürokratie abzubauen und die Interessen der Bauherren zu schützen. Der Regierungsrat ist bereit, die Vorstösse in der unverbindlichen Form von Postulaten entgegenzunehmen, womit die EVP einverstanden ist. Schaa bestreitet, seine Kritik an der Denkmalpflege habe primär persönliche Gründe: Als Geschäftsführer einer Organisation zeigte er Interesse am Kauf einer Kapelle. Der Deal kam nicht zustande, weil das

Objekt unter Schutz gestellt wurde und damit für den Käufer offenbar nutzlos geworden wäre.

Gegen neue Hürden

Kritik übten die EVP-Exponenten auch an Bestrebungen, im Kantonsparlament eine neue Wahlhürde einzuführen. «Wer so etwas fordert, hat Angst vor den Wählern», sagte Reinhard. Bis jetzt schaffte es die EVP jeweils problemlos, die geltende Hürde (fünf Prozent Wähler in mindestens einem Wahlkreis) zu überspringen. Als stark erwies sie sich insbesondere etwa in den Bezirken Pfäffikon oder Affoltern. Die kantonale EVP wird 2017 hundertjährig. *Thomas Schraner*

DIE EVP IM NATIONALRAT

Maja Ingold will vorzeitig zurücktreten

EVP-Nationalrätin Maja Ingold aus Winterthur hat die Absicht, noch im Verlaufe dieser Legislatur zurückzutreten. Dies bestätigt die 68-jährige frühere Winterthurer Stadträtin auf Anfrage, ohne einen genaueren Zeitpunkt für ihre Pläne zu nennen. Nachrutschen würde in diesem Fall der 46-jährige Sozialunternehmer Nik Gugger, ebenfalls aus Winterthur. Auf Anfrage bestätigt dieser sein Interesse für

den Sitz. Ingold selber rutschte 2010 für den legendären ehemaligen Zürcher Stadtrat Ruedi Aeschbacher in den Nationalrat nach. «Ich bin in den Startlöchern», sagt Gugger, seit 2015 Zürcher Kantonsrat. Gugger kandidierte 2010 erfolglos für den Winterthurer Stadtrat und letztes Jahr auch für den Regierungsrat. Für die EVP sitzt neben Maja Ingold die Bernerin Marianne Streiff im Nationalrat. *tsc*

Bei Stau auf Pannestreifen

STRASSENVERKEHR Auf der A1 zwischen Zürich-Ost und Brüttisellen sollen dereinst die Automobilisten bei Staus den Pannestreifen benutzen dürfen. Vorgängig führt das Bundesamt für Strassen (Astra) auf diesem Streckenabschnitt Baugrunduntersuchungen durch. Sie beginnen heute und dauern voraussichtlich bis 2. September, wie das Astra gestern mitteilte. Das Untersuchungsprogramm sieht zwischen der Verzweigung Zürich-Ost und der Verzweigung Brüttisellen in beiden Fahrrichtungen diverse Bohrarbeiten und Rammsondierungen vor.

Mit den Erkundungen werden im Hinblick auf die geplante Pannestreifenumnutzung (PUN) die Fundationsverhältnisse für neue Lärmschutzwände sowie von möglichen Standorten einer Strassenbehandlungsanlage abgeklärt. Wegen der Arbeiten könne es werktags ab etwa 8.30 Uhr zu temporären Sperrungen des Pannestreifens kommen.

Mit der Pannestreifenumnutzung sollen Automobilisten bei Staus in den Spitzenzeiten auch den Pannestreifen benutzen können. Das Astra will mit dem PUN-Projekt das Stauproblem auf verschiedenen Nationalstrassenabschnitten in der Schweiz lösen. *sda*

Tramuki wird ausgebaut

INTEGRATION Sozial benachteiligte Familien mit Migrationshintergrund leben oft isoliert und pflegen wegen sprachlicher und kultureller Hürden kaum Kontakte. Vor allem Müttern mit kleinen Kindern fehlen Ansprechpersonen – und sie wissen oft nicht, welche öffentlichen Angebote sie mit ihren Kindern eigentlich nutzen könnten.

Hier setzt seit drei Jahren das Pilotprojekt Tramuki (Transkulturelle Mutter-Kind-Gruppe) der Sozialen Dienste der Stadt Zürich an. Unter diesem Namen finden in der Stadt Zürich wöchentlich Treffen für Mütter mit Migrationshintergrund und ihre bis zu dreijährigen Kinder statt. In der Gruppe tauschen sich Mütter aus, lernen mit ihren Kindern spielerisch Deutsch und werden darin unterstützt, sich in Zürich zu integrieren.

Laut einer Mitteilung der Stadt Zürich ist das Projekt ein Erfolg und wird deshalb ausgebaut. Bis Anfang 2017 wird in allen fünf Sozialzentren der Stadt je eine Tramuki-Gruppe aufgebaut. Die Teilnahme ist kostenlos. *hz*

Die Stadt übergeht die Zürcher Gipfeli-Bäcker

BESCHAFFUNG SP-Stadträtin Claudia Niensens Departement düpiert die Stadtzürcher Bäckereien. Es bezieht Backwaren für 440 000 Franken aus dem Zürcher Unterland.

Reto Hausammann, Inhaber und Geschäftsführer der gleichnamigen Zürcher Bäckerei in dritter Generation, ist entrüstet: «Wirtschaft und Politik sollten in der Stadt Zürich zusammenhalten. Dass die Stadtverwaltung uns städtische Bäcker einfach übergeht, ist eine Enttäuschung», sagt er. Anlass für seine Kritik bildet die Vergabe eines Lieferauftrags durch das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement (GUD) von SP-Stadträtin Claudia Nielsen. Für knapp 440 000 Franken bezieht die Stadt bis im September 2017 Backwaren für die beiden Stadtspitäler Triemli und Waid sowie die städtischen Alterszentren und Pflegezentren von der Bäckerei Fleischli in Niederglatt.

Das Problem: Der Auftrag wurde nicht in einem offenen Submissionsverfahren, sondern freihändig vergeben – sprich direkt und ohne vorgängige Veröffentlichung. Auch Bäcker Hausammann hätte einen solchen Grossauftrag gerne zugesprochen bekommen. «Aber wir konnten der Stadt ja nicht einmal unser Angebot unterbreiten», sagt er.

Buchmann gab auf

Das GUD begründete seinen Entschluss, den Auftrag im freihändigen Verfahren zu vergeben, damit, dass «angesichts der zeitlichen Dringlichkeit» nur diese Variante infrage komme. Doch warum diese Hektik? Es begann damit, dass die Bäckerei Walter Buchmann AG Anfang April verkündete, dass sie ihren Lieferdienst Ende Juni einstellen werde. Das Angebot könne seit fünf Jahren nicht mehr kostendeckend geführt werden, liess sich Buchmann-Sprecher Patrick Milo damals vernehmen.

Da die Bäckerei auch die am GUD angeschlossenen Betriebe



Die Zürcher Bäckereien hätten die städtischen Betriebe gerne mit Gipfeli beliefert. Der Auftrag ging nun an die Unterländer Bäckerei Fleischli. *Keystone*

mit ihren Gipfeli und anderen Backwaren belieferte, musste die Stadt schnellstens für Ersatz sorgen. Eine ordentliche Ausschreibung bedinge einen Vorlauf von mindestens vier Monaten, teilt das GUD auf Anfrage mit. Da aber die Buchmann AG die sechsmonatige Kündigungsfrist nicht eingehalten und den Vertrag mit nur gerade 2½ Monaten Vorlaufzeit gekündigt habe, sei «die lückenlose Belieferung mit einer ordentlichen Ausschreibung gefährdet gewesen». Deshalb war die freihändige Vergabe des Auftrags gemäss Submissionsverordnung rechtmässig.

Die Bäckerei Fleischli erhielt den Zuschlag, nachdem die Stadt vier Konkurrenzofferten eingeholt hatte. Unter den angefragten Bäckereien sei auch ein Zürcher Betrieb gewesen, versichert das

GUD. Den Namen gibt die Stadt aus Datenschutzgründen aber nicht preis. Interesse am Auftrag hätten am Ende lediglich zwei Firmen bekundet, die nicht in der Stadt Zürich ansässig sind. «Der Entscheid zugunsten der Bäckerei Fleischli fiel aufgrund der frisch hergestellten Produkte in sehr hoher Qualität sowie einer grossen Flexibilität», schreibt das Departement.

Offenbar fragten die Verantwortlichen aber nicht die richtigen Zürcher Bäckereien an: Neben Reto Hausammann äussern nämlich auch die Inhaber der Bäckereien Jung und Imholz ihr Befremden über den Vergabeentscheid des GUD. «Wir sind nun 40 Jahre in der Stadt Zürich als Bäckerei tätig, wurden aber nicht angefragt. Dazu braucht es wohl Beziehungen», sagt Bernd

Jung. Vom Grossauftrag nichts gewusst hat auch Michael Imholz: «Dass die Stadt nicht erst die hiesigen Bäckereien berücksichtigt, ist keine Art», sagt er. Zwar fokussiere sein Betrieb eher auf Kunden der gehobenen Hotellerie und sei mit seiner Infrastruktur nicht auf eine Massenproduktion ausgerichtet. «Doch ich frage mich schon, warum wir als Zürcher Traditionsbäckerei gar nicht erst angefragt wurden.»

Arbeit für zwei Bäcker

Eine ganzjährige Lieferverpflichtung in der Grössenordnung von 440 000 Franken bedeute für eine Bäckerei gemäss einer gängigen Faustregel Arbeit für zwei Mitarbeiter, sagt Imholz. Attraktiv sei der Auftrag auch deshalb, weil mit wenig Lieferfahrten eine grosse Menge Backwaren vertrie-

ben werden könne. «Im Normalfall lohnen sich Lieferdienste genau deshalb nicht, weil man lange Fahrten auf sich nehmen muss, um relativ kleine Mengen Waren zu verkaufen.»

Für die drei Bäcker ist deshalb klar: Bei der nächsten Vergabe eines Backwarenauftrags durch die Stadtverwaltung müssen Bäckereibetriebe, die in Zürich Steuern bezahlen, besser berücksichtigt werden. Und tatsächlich erhalten die Bäcker in der Stadt bald die Gelegenheit, sich um die Lieferungen der GUD-Betriebe zu bewerben. Der «Warenkorb Frischbackwaren» wird gemäss Angaben des Departements nämlich nächstes Jahr zusammen mit weiteren Aufträgen im Bereich Food wieder ordentlich im offenen Verfahren ausgeschrieben. *Florian Niedermann*

Helpline für Bauherren

BÜROKRATIE Die Helpline für Stadtzürcher Bauherren ist ab sofort in Betrieb. Unter der Nummer 044 412 11 00 sollen unkompliziert Probleme gelöst werden, die nach einem rechtskräftigen Baubehaupteintrag auftauchen. Problemlöser ist Thomas Feyer vom Amt für Baubewilligungen, wie die Stadt mitteilt.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Auflagen kann es beispielsweise geben, wenn es um die Grünflächen- oder Farbgestaltung geht. Hier soll schnell, unbürokratisch und transparent vermittelt werden. Die Helpline läuft nun während einer fünfjährigen Pilotphase. *sda*